

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Praktischste Tagesblatt Riess.
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1590
Circulose Riess Nr. 52.

Nr. 171.

Montag, 26. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrists von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag verläßt, durch Riess eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckers, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riess.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.

11 Berlin. Im Reichsarbeitsministerium fanden am 24. und 25. Juli über das Programm der Reichsregierung

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Besprechungen mit den Vertretern der Landesregierungen statt, nachdem am 21. und 22. Juli die Frage der Arbeitsbeschaffung im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den Spitzenorganisationen der Kommunalverbände erörtert worden war.

Die Vertreter der Länder wurden im einzelnen über die Beschlüsse der Reichsregierung und über den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Maßnahmen unterrichtet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fand die grundsätzliche Zustimmung der Länder. In den Arbeiten der von der Reichsregierung eingesetzten Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung sollen die Länder in der Weise beteiligt werden, daß jedes Land bei den Beschlüssen, die es unmittelbar berühren, mitwirkt; im übrigen soll die Kommission durch zwei ständige Vertreter der Länder ernannt werden.

Eingehend erörtert wurde dann die Verwendung der 100 Millionen Reichsmark, die der Reichsfinanzminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Bekämpfung der bisherigen Arbeitslosigkeit für die produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Betrag auf dem Anleihewege aufgebracht werden soll, muß seine Verwendung für produktive Anlagen unbedingt sichergestellt sein. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in der Weise vorgenommen werden, die besonders unter Arbeitslosigkeit leiden. Bei der Auswahl geeigneter Arbeiten soll die Ministerialkommission mitwirken. Für die Eingabe der Darlehen, die Reich und Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Erleichterungen in Aussicht genommen. Außerdem soll es in Zukunft auch möglich sein, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge öffentlichen Körperlichkeiten für Anleihen, die sie für umfangreiche Aufwandsarbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert selbst aufnehmen, eine Zinsverbilligung zu gewähren.

Das Finanzprogramm Poincarés.

Vorläufig keine Frankstabilisierung.

Paris, 26. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages haben fortlaufend Beratungen im Finanzministerium über die neuen Finanzpläne der Regierung stattgefunden. Der Ministerpräsident hatte bereits um neun Uhr vormittags sämtliche Ressortleiter ins Finanzministerium berufen, um mit ihnen über die neuen Finanzpläne zu beraten, besonders in welcher Weise die bestehenden direkten und indirekten Steuern erweitert werden können. Der Ministerpräsident empfing darauf den Vorsitzenden der Finanzkommission des Senats sowie den Finanzattaché der französischen Botschaft in London, der an den letzten Verhandlungen zwischen Caliaux und Churchill über das englisch-französische Schuldenabkommen vom 12. Juli erheblich beteiligt war.

Punkt 3 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, die unter dem Vorsitz Poincarés bis 8 Uhr dauerte. Wie mitgeteilt wird, wurde in erster Linie die Regierungserklärung für den kommenden Dienstag beraten. Das Kabinett wird sich heute nachmittags 5 Uhr wieder versammeln. Am Schluß der gestrigen Sitzung erklärte der Ministerpräsident, daß heute wieder völlige Einkimmigkeit über die Finanzpläne der Regierung erzielt u. die Verhandlungen in vollständigem Einvernehmen geführt worden seien.

Wie verlautet, wird die Regierung eine Erweiterung des Budgets um vier bis fünf Milliarden Franken beantragen. Dieser Betrag soll zur Ausgleiche des Budgets sowie zur Umwidmung der Schulden verwendet werden. Weiter wird die Regierung von der Kammer die Vollmacht verlangen, weitere Einschränkungsmassnahmen der öffentlichen Verwaltung durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nicht um Spezialmaßnahmen für die Regierung handeln könne, wie sie Caliaux gefordert habe. Ferner wird die Regierung der Kammer die Ratifizierung des englisch-französischen Schuldenabkommens vorschlagen. Das amerikanisch-französische Schuldenabkommen wird jedoch von der Regierung zunächst gar nicht erwähnt werden.

Im Gegensatz zu den Finanzplänen Caliaux wird in den Plänen der Regierung eine sofortige Stabilisierung des Franken nicht vorgesehen sein. Der Ministerpräsident legt auf dem Standpunkt, die in den letzten Tagen eingetretene Besserung des Frankenkurses werde eine Fortsetzung erfahren, auch ohne daß die Finanzpläne der Regierung von der Kammer angenommen worden seien.

Nach den letzten Vereinbarungen zwischen der Bank von Frankreich und dem Finanzministerium legt der Regierung ein weiterer Betrag von 30 Millionen Dollar aus der Morganzahlung zur Frankentilgung zur Verfügung. Ferner wird der Regierung die Abfertigung ausgedienter Kreditverbindungen mit der holländischen und der englischen Regierung aufzunehmen.

Serbot des Chemnitzer Blattes „Der Kämpfer“.

Chemnitz. Die kommunistische Zeitung „Der Kämpfer“ ist auf Grund des Verbotsgesetzes vom 21. vom 26. Juli bis zum 8. August verboten worden.

Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes.

* Berlin, 25. Juli. Der letzte öffentliche Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde mit einer öffentlichen Sitzung im großen Saale der Stadthalle eröffnet. Zahlreiche Parlamentarier, darunter auch Abgeordnete aus Deutsch-Oesterreich und den süddeutschen Ländern, sowie Delegierte aus allen Teilen des Deutschen Reiches hatten sich eingefunden. Der Parteivorstand, Reichstagsabgeordneter Dremw-Berlin eröffnete den Parteitag.

Nachdem der Landesverbandsvorsitzende die Größe des Landesverbandes Schließen zugleich mit dem Wunsch auf erfolgreiche Arbeit des Parteitages überbracht hatte, ergriff der Parteivorstand Dremw das Wort zu einem Referat über das Thema

„Deutschlands Wiederaufbau in wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Beziehung“.

Einleitend wies der Redner auf die große Bedeutung hin, die der Parteitag überall finde. Seit ungefähr einhalb Jahren sei die Reichspartei im Reichstage eine Fraktion geworden und habe als Jüngling an der Woge aufschlagende Bedeutung gehabt. Der Wiederaufbau Deutschlands sei nicht möglich ohne einen zahlungsfähigen Mittelstand. Wenn es Deutschland nicht gelänge, aus eigener Kraft unser Volk zu leben, und vom Ausland in wirtschaftlicher Beziehung unabhängig zu machen, dann sei nicht daran zu denken, das wir jemals in die Lage kommen, die Fesseln des Verfallenen Reiches abzuschütteln.

Zusammenfassend betonte der Redner, daß wenn Deutschland sich selbst helfen solle, in erster Linie eine Politik gemacht werden müsse, die jeden einzelnen Staatsbürger zur Mitarbeit heranzieht. Ramentlich müsse der staatliche Zwangswirtschaft ein Ende gemacht werden. Die Hauptbedingung sei, sich wieder darauf zu besinnen, daß es sich heute nicht darum handle, um die Staatsform zu streiten, sondern darum, den Kampf um die Wirtschaftsform auf Grund der bürgerlichen Weltanschauung zu führen. Es stehe fest, daß der Staatssozialismus von heute auf die Dauer nicht ertragen werden könne. Nicht soziale Fürsorge, sondern nur Belebung der Wirtschaft könne helfen, und diese Belebung könne nur eintreten, wenn die Fesseln der Zwangswirtschaft und die übergröÙe steuerliche Belastung beseitigt seien.

Aufgabe des Parteitages sei es, die Ziele in einem neuen Parteiprogramm festzusetzen, auf das sich schon heute die Abgeordneten eingestellt haben. Die von der Reichsregierung geschaffenen neuen Wege in der Steuerpolitik seien von den Ländern und Gemeinden sabotiert worden. Die Reformmaßnahmen des früheren Finanzministers würden heute in ganz anderem Sinne ausgewertet.

Redner wandte sich dann scharf gegen die Umwälzungen. Anstelle der vielen Steuerarten von heute müsse eine Einkommensteuer treten. Dann werde auch der neuere Verwaltungsapparat vereinfacht, und nach der Aushebung jeder Zwangswirtschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, in erster Linie auf dem Gebiet des Wohnungswesens werde es auch auf volkswirtschaftlichem Gebiet in Deutschland wieder vorwärts gehen.

Der Redner behandelte dann die Stellung der Partei zum heutigen Staat und der heutigen Staatsform. Bei ihrer Gründung habe sich die Deutsche Wirtschaftspartei auf den Boden der Weimarer Verfassung gestellt, ohne dabei jedoch anzuerkennen, daß dieser Staat das Ideal sei. Die Partei erhebe einen wirklichen Volkshaat.

In längeren Ausführungen behandelte der Redner hierauf das Problem der Arbeitsbeschaffung. Wer Arbeits-

losenunterstützung beziehen wolle, solle dafür auch etwas leisten. Wenn unsere Jugend zum Dienst für den Staat herangezogen würde, dann könnte man Platz schaffen für die Arbeitslosen, die heute Unterstützung bedürfen.

Wenn für diesen Gedanken eine Mehrheit im Parlament gefunden werde, dann müsse auch das Ausland vor uns Achtung haben, und wenn schließlich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten seien, dann könnten wir uns auch einmal darüber streiten, welche Fлага die richtige sei. Nicht auf die Farben, sondern auf den Inhalt der Fлага komme es an, der die Fлага hochhalten habe.

Während der Parteivorstand das Thema des deutschen Wiederaufbaus mehr vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus behandelte, behandelte Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Dredt-Walden das Problem von der nationalen und kulturellen Seite. Gegenüber den Verlusten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ebenso wie den demokratischen Wünschen, die Wirtschaftspartei zu sich herüberzuziehen, sei zu betonen, daß die Wirtschaftspartei noch eine junge Partei sei, für die ein Zusammenschluß mit irgendeiner anderen Partei in dieser Stunde nicht in Frage kommen könne. Als berufskundliche Vertretung sei sie dazu auch gar nicht in der Lage. Das Streben müsse darauf gerichtet sein, die führende Partei in einem großen Bürgerblock zu werden, der auf dem Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft stehe. Wenn die anderen Parteien bereit seien, auf dieser Grundlage mit der Wirtschaftspartei eine Koalition einzugehen, dann sei sie sofort dazu bereit. Aber auch in einem solchen großen Bürgerblock würde sie die Partei des Mittelstandes bleiben. Die Wirtschaftspartei müsse den gefunden Gedanken einer Rennerung der Verfassung von Weimar erhalten, namentlich den Gedanken, aus dem Parlamentarismus herauszukommen. Ferner müsse eine Revision der Verfassung in bezug auf das Privateigentumsrecht erachtet werden.

Zur Flaggenfrage führte der Redner aus, daß mit einer Volksabstimmung der Flaggenstreit in keiner Weise zu lösen sei. Die schwarz-weiß-rote Handelsflagge müsse geschützt werden. Die Fahne, die sich für unsere Partei gehört, sei ein für allemal die deutsche Handelsflagge, und im Rahmen der Reichsverfassung verteidigen wir diese Handelsflagge schwarz-weiß-rot gegen alle Angriffe.

Der Redner legte sich dann sehr warm für den Nationalgedanken ein und wies darauf hin, daß sich die Wirtschaftspartei nicht nur auf das heutige Deutschland beschränken könne. Sie müsse an das gesamte Deutschum Mittel-Europas denken, und den Zusammenschluß mit unseren deutschen Brüdern in Oesterreich, der Tschechoslowakei und Polen herbeiführen. In Böhmen und Mähren gebe es bereits eine Deutsche Gewerkepartei, die im Parlament vertreten sei. Mit dieser Partei könnte die Wirtschaftspartei sofort zusammengehen. Auch in Oesterreich sei die Gründung einer Mittelstandspartei im Gange, und im Saargebiet sei die Wirtschaftspartei vorzüglich organisiert.

Der Redner begrüßte darauf die anwesenden österreichischen Vertreter sowie die beiden Abgeordneten des Prager Parlaments und betonte, daß mit dem heutigen Tage der internationale Zusammenschluß vollzogen sei, und ein großes Kulturprogramm werde den Zusammenschluß des deutschen Mittelstandes in ganz Mitteleuropa herbeiführen.

Als letzter Redner des Tages sprach Danerhausbecker-Schiffers-Arenau über das Thema „Mittelstand und Landwirtschaft“. Der deutsche Mittelstand müsse auch, so führte der Redner aus, das deutsche Bauerntum umfassen. Am Montag sind die Beratungen des Parteiprogramms.

Landwirtschaftliche Kreditprobleme vor dem Enquete-Ausschuß.

Berlin. Unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Schiele hielt der Unterausschuß für Landwirtschaft des Wirtschaftsenquete-Ausschusses am Sonnabend eine Sitzung ab. Professor Beckmann berichtete über die Kreditprobleme der Landwirtschaft und meinte, uns sei zwar die Gesamtsumme der Verschuldung der Landwirtschaft und die sich daraus ergebende Zinshöhe bekannt, aber es fehle noch die Kenntnis der Verteilung des Kredits auf die einzelnen Betriebsgrößen, sowie die des Zweckes des Kredits und seiner Verwendung. Erst aus der Verwendung könne man prüfen, ob ein Kredit gerechtfertigt ist. Diese Probleme müßten also untersucht werden. Ferner gelte es zu prüfen, ob öffentliche Kredite zweckmäßig und richtig seien, wie die Zinsfrage stehe und wie die Möglichkeiten der Kapitalbildung innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe sind. Auch die Konvertierung der Kredite sei zu untersuchen.

Professor Sans wünschte auch eine Prüfung der Kreditformen, Graf von Reventlow, daß nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Praktiker an den Untersuchungen beteiligt würden.

Reichsminister a. D. Gernstedt schlug vor, in kleinerem Gremium von Wissenschaftlern und Praktikern die Wege der Untersuchungen vorzubereiten. Der landwirtschaftliche Sachverständige Hofmann empfahl festzustellen, wie weit die Wächter auf Grund des neuen Reichsgesetzes bereits Kredite in Anspruch genommen haben. Auch die Herren von Sauten und Dr. Saabe machten noch Vorschläge.

Oberbaurat Rauch (M. d. R.) berichtete namens eines kleinen Ausschusses über die Vorbereitung eines Frage-

bogens für die Untersuchung der Ochsenwasserläden und der getrockneten Abwehrmaßnahmen und Disinfectionen. Bei Reichs- und Landesbehörden liege darüber umfangreiches Material vor. Es sei auch ein Verzeichnis der landwirtschaftlichen Schäden in den einzelnen Stromgebieten durch Ausdunstmittellieder vorzulegen.

Reichsminister a. D. Gernstedt teilte mit, daß mit den Genossenschaftsvertretern Vereinbarungen eingeleitet seien über die Feststellung eines Fragebogens über Absatz- und Verbrauchsgenossenschaften, Viehzucht, Molkerei, Wägerei und Elektrizitätsgenossenschaften. Die Prüfung der Steuerfragen sei mit dem Reichsfinanzministerium eingeleitet worden. Im Herbst würde dafür reiches Material vorliegen. Ueber die schwierige Erfassung der Landesbesteuerung würden mit den Landesregierungen Verhandlungen anzuknüpfen sein.

Deutscher Fliegerbesuch in Moskau.

Moskau. Sonnabend nachmittags 5 Uhr 45 Min. sind hier auf dem Flugplatz Chodinka zwei Großflugzeuge der Deutschen Luftkavallerie auf ihrem Wege nach dem asiatischen Rußland zum Besuch eingetroffen. Die Flugzeuge waren in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend um 11 Uhr 40 Min. auf dem Berliner Flughafen Tempelhof gestartet. Die Ankunft in Königsberg erfolgte 4 Uhr 15 Min. früh, der Abflug um 8 Uhr 15 Min. Ueber Powno wurde ein Blumenstrauch abgeworfen, der die Grüße der Deutschen Luftkavallerie an die litauischen Flieger übermittelte. Dr. Robert Krauß von der Deutschen Luftkavallerie, der Führer dieser dem Besuch des europäischen und asiatischen Rußlands und des Fernen Ostens dienenden Expedition wurde mit seinen Befehlshabern von den zahlreich erschienenen Vertretern auf das herzlichste begrüßt.